

## **Vorlage**

der Berichterstatter

an den Haushalts- und Finanzausschuss

LANDTAG  
NORDRHEIN-WESTFALEN  
16. WAHLPERIODE

**VORLAGE**  
**16/514**

A07, A15

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2013 (Haushaltsgesetz 2013)**

- Drucksache 16/1400 -

**Einzelplan 05**

**Ministerium für Schule und Weiterbildung**

Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 05 gemäß § 53 Abs. 1 in Verbindung mit Nr. 6 der Anlage 3 der Geschäftsordnung des Landtags Nordrhein-Westfalen

**Hauptberichterstatter**  
**Berichterstatter/in**

Abgeordneter Stefan Zimkeit  
Abgeordneter Daniel Sieveke  
Abgeordneter Mehrdad Mostofizadeh  
Abgeordnete Ralf Witzel  
Abgeordneter Robert Stein

SPD  
CDU  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
FDP  
PIRATEN

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 05 ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Ergebnisvermerk.

## Vermerk über das Berichterstattergespräch zum Einzelplan 05 am 5. Februar 2013

### 1. Teilnehmer/Teilnehmerinnen

Abg. Stefan Zimkeit	SPD
Abg. Petra Vogt	CDU
Abg. Mehrdad Mostofizadeh	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Abg. Ralf Witzel	FDP
Abg. Johannes Paul	PIRATEN
Abg. Michele Marsching	PIRATEN
MDgt'in Gertraud Flocke	Ministerium für Schule und Weiterbildung
LMR Hermann Mohnen	Ministerium für Schule und Weiterbildung
MR'in Nicole Michels	Ministerium für Schule und Weiterbildung
MR Thomas Frein	Ministerium für Schule und Weiterbildung
MR Dr. Peter Frömgen	Finanzministerium
OAR'in Anja Wilts	Finanzministerium
Prof. Dr. Hans-Ulrich Baumgarten	CDU-Fraktion
Malte Kelm	FDP-Fraktion
Sabine Arnoldy	Landtagsverwaltung

### 2. Allgemeines

Die Vertreter der Landesregierung gaben zu den von den Berichterstatterinnen und Berichterstattern angesprochenen Schwerpunktthemen und Haushaltspositionen Erläuterungen ab und beantworteten die in diesem Zusammenhang gestellten Fragen.

### 3. Im Einzelnen

Der Hauptberichterstatter, Herr MdL Zimkeit (SPD), führt in die Sitzung ein und regt an, dass konkrete Fragen zu einzelnen Kapiteln und anschließend ggf. weitere Fragen gestellt werden sollten. Die anwesenden Teilnehmer/-innen stimmen dem zu.

#### Fragen zu den einzelnen Kapiteln

Zu den Kapiteln 05 010, 05 030 bis 05 073, 05 075 bis 05 080, 05 310 bis 05 340 sowie 05 360 bis 05 910 ergeben sich keine Fragen.

Folgende Kapitel wurden mit Fragen belegt:

- a) Kapitel 05 020, Titelgruppe 61  
Stiftung Partner für Schule/Medienberatung NRW

Herr MdL Paul bittet um Erläuterungen, inwieweit bestehende Verträge mit den Landschaftsverbänden von den Kürzungen bei Kapitel 05 020 Titelgruppe 61 betroffen sind und ob es aus Sicht des MSW sinnvoll ist, die Haushaltsmittel für die Medienberatung NRW und die Stiftung Partner für Schule getrennt zu veranschlagen.

MSW erläutert, dass die Ansatzkürzung von 100.000 EUR bei Kapitel 05 020 Titelgruppe 61 im Verhältnis der Ansätze auf den Bereich Medienberatung NRW und Stiftung Partner für Schule verteilt wurde. Die Kooperationsverträge zur Medienberatung stehen unter einem Haushaltsvorbehalt, so dass Projekte und Maßnahmen nur im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel durchgeführt werden können. Eine getrennte Veranschlagung der beiden Bereiche bietet aus Sicht des MSW keine Vorteile. Die Aufteilung des Ansatzes ist für das MSW Planungsgrundlage. Es besteht aber die notwendige Flexibilität, um auf unterschiedliche Entwicklungen im Rahmen der Bewirtschaftung reagieren zu können.

- b) Kapitel 05 074  
Prüfungsämter

Herr MdL Witzel bittet, den Gesamtansatz des Kapitels 05 074 auf das Landesprüfungsamt für Erste Staatsprüfungen und das Landesprüfungsamt für Zweite Staatsprüfungen aufzuteilen.

Siehe Anlagen

- c) Kapitel 05 300, Titel 681 20  
Kosten für die Beförderung von Schülern

Herr MdL Witzel bittet, den Anteil der Schülerbeförderungskosten für die Laborschule Bielefeld zu benennen.

Siehe Anlage

- d) Kapitel 05 300, Titelgruppe 72  
Offener Ganzttag im Primarbereich

Frau MdL Vogt führt aus, dass lt. Landtagsdrucksache 16/ 578 im Haushaltsjahr 2011 eine Globale Minderausgabe von rd. 5 Mio. EUR erwirtschaftet wurde. Der Ansatz für die Offene Ganzttagsschule steigt mit dem HE 2013 bei Kapitel 05 300 Titel 633 72 um 8,2495 Mio. EUR. Frau MdL Vogt fragt nach, inwieweit Globale Minderausgaben im Jahr 2012 aus dem Titel erwirtschaftet wurden.

MSW erklärt, dass der Jahresabschluss federführend für die Landesregierung durch das Finanzministerium gefertigt und dort zurzeit aufbereitet wird.

Siehe Anlage

- e) Kapitel 05 300, Titel 681 40  
Kosten für Lernmittel

Herr MdL Witzel bittet, den Anteil der Kosten für Lernmittel für die Laborschule Bielefeld zu benennen.

Siehe Anlage

- f) Kapitel 05 300, Titelgruppe 81  
Bildungsforschung und Bildungsplanung (BLK-Modellversuche)

Herr MdL Witzel führt aus, dass nach den Ausführungen im Erläuterungsband zum HE 2013 für den Einzelplan 05 bei Kapitel 05 300 Titelgruppe 81 Bildungsforschung und Bildungsplanung Ausgaben für die Evaluation des Schulversuchs „Abitur nach 12 oder 13 Jahren“ vorgesehen sind. Herr MdL Witzel bittet um Angaben, welche Kosten in den vergangenen Jahren für diese Evaluation entstanden sind und ggf. mit welchen Kosten in den kommenden Jahren geplant wird.

Siehe Anlage

- g) Kapitel 05 350  
Öffentliche Sekundarschulen

Herr MdL Witzel erkundigt sich nach dem Stellenmehrbedarf, der in den Schulformen Gemeinschafts- und Sekundarschule auf Grund des Differenzierungs- bzw. Versuchszuschlages anfällt.

MSW erläutert, dass der für die zwölf Gemeinschaftsschulen bereitgestellte Versuchszuschlag in Höhe einer halben Stelle je Schule (insgesamt sechs Stellen) im Haushaltsplan bei Kapitel 05 350 Titelgruppe 60 gesondert als Zuschlag ausgewiesen wird.

MSW erklärt ferner, dass der Differenzierungszuschlag in Höhe einer halben Lehrerwochenstunde je Klasse im Grundbedarf der jeweiligen Schulform (Schüler/Lehrer-Relation) enthalten ist. Ohne Differenzierungszuschlag läge der Lehrstellen-grundbedarf in der Gemeinschaftsschule um gut drei und in der Sekundarschule um rund elf Stellen (Berichtigung der während des Gesprächs ad-hoc errechneten 3,5 Stellen) niedriger.

### **Sonstige Fragen**

- a) Demografiegewinne im laufenden Jahr

Herr MdL Witzel erkundigt sich danach, wie viele der in Vorlage 16/578 erwähnten 3.093 Stellen an Demografiegewinnen auf den Bedarfsrückgang auf Grund des doppelten Abiturjahrgangs zurückzuführen sind und nach dem Stand Planungen der Landesregierung zu den 1.000 Stellen zur Abfederung des Personalüberhangs an Gymnasium.

MSW erläutert, dass auf den Bedarfsrückgang am Gymnasium voraussichtlich rund 2.000 der ausgewiesenen Stellen entfallen. Mit der Bereitstellung von 1.000 Mehrbedarfsstellen beabsichtigt die Landesregierung, sowohl Versetzungen aus dem

Gymnasium in andere Schulformen zu vermeiden als auch Einstellungsmöglichkeiten am Gymnasium insbesondere für Lehrkräfte mit Mangelfächern vorzuhalten.

Konkret sehen die Planungen vor, dass von den rechnerisch 600 Einstellungsmöglichkeiten zum 1. Februar 2013 300 für unbefristete und 300 für befristete Beschäftigungsverhältnisse zur Verfügung stehen. Dem zum 1. August 2013 voraussichtlich verbleibenden Bedarfsüberhang von 1.700 Stellen stehen Berufsaustritte im Umfang von 1.000 Stellen sowie die 1.000 Überhangstellen gegenüber, so dass sich voraussichtlich 300 Einstellungsmöglichkeiten ergeben.

Die Überhangstellen stehen der Schulform Gymnasium nicht dauerhaft zur Verfügung. Für die weiteren Planungen muss die Entwicklung im kommenden Schuljahr 2013/14 abgewartet werden.

- b) Pressemitteilung des MSW vom 3. Februar 2013  
„Bisher 2.089 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt“

Herr MdL Witzel erkundigt sich, ob die Verteilung der zum 1. Februar 2013 erfolgten Einstellungen auf die Schulformen, die von der Verteilung Schülerzahl abweicht, durch politische Vorgaben zustande kommt oder ausschließlich dem sich aus Berufsaustritten und Bedarfssituation ergebenden Ersatzbedarf folgt. Er bittet ferner um Auskunft darüber, ob es im Rahmen der wechselseitigen Deckungsfähigkeit der Lehrerstellen zwischen den Schulkapiteln Abweichungen zwischen den im Haushalt ausgewiesenen Schülerzahlen und Stellenbedarfen und dem tatsächlichen Haushaltsvollzug gibt und bittet um entsprechende Übersichten für die letzten Jahre.

MSW erläutert, dass es sich bei den Einstellungsbedarfen zum 1. Februar grundsätzlich in erster Linie um Ersatzeinstellungen für ausscheidende Lehrkräfte handelt. Die Zahl der Einstellungsmöglichkeiten in den einzelnen Schulformen wird grundsätzlich nicht vom MSW vorgegeben, sondern auf Ebene der Bezirksregierungen durch einen Abgleich von Stellenbedarf und Stellenbesetzung ermittelt. Auf Grund der besonderen Situation in der Schulform Gymnasium auf Grund des doppelten Entlassjahrgangs ist die Zahl der unbefristet zu besetzenden Stellen hier durch das MSW zum 1. Februar 2013 auf 300 begrenzt worden. Die restlichen Einstellungsmöglichkeiten stehen für befristete Beschäftigungsverhältnisse zur Verfügung (siehe oben). MSW führt aus, dass der Einstellungstermin 1. Februar darüber hinaus dazu genutzt werden kann, durch von der Schülerzahlprognose abweichende Entwicklungen entstandene Über- oder Unterbesetzungen einzelner Schulformen durch eine entsprechende Verteilung der Einstellungsmöglichkeiten zu korrigieren.

MSW führt aus, dass die Abweichungen der Schülerzahlprognosen von der jeweiligen Ist-Schülerzahl für die einzelnen Jahre den jährlichen Berichten zur Unterrichtsversorgung zu entnehmen ist, die sowohl als Anlage der Verordnung zur Ausführung des §93 Abs. 2 Schulgesetz als auch als Bestandteil des Erläuterungsbandes zur Verfügung stehen.

MSW erklärt darüber hinaus, dass ein rückwirkender Abgleich von im Haushalt ausgewiesenen Stellenbedarfen und der sich durch Haushaltsvollzug ergebenden Besetzungssituation der einzelnen Schulformen nicht möglich ist, da die entsprechende Datengrundlage (Stellendatei) nicht über historische Daten verfügt.

- c) Pressemitteilung des MSW vom 3. Februar 2013  
„Bisher 2.089 Lehrerinnen und Lehrer neu eingestellt“

Im Zusammenhang mit den Überhangstellen erkundigt sich Herr MdL Mostofizadeh danach, ob eine dauerhafte Ausstattung einzelner Schulformen mit Überhangstellen durch das Ministerium üblich und aus Haushaltssicht darstellbar ist.

MSW führt aus, dass den Schulformen die Lehrerstellen auf Grund des Lehrerstellenbedarfs zugewiesen werden, eine dauerhafte Ausstattung einzelner Schulformen mit über den Bedarf hinausgehenden Stellen ist - abgesehen von den 4.000 Stellen gegen Unterrichtsausfall und für individuelle Förderung - nicht üblich und auch aus Haushaltssicht nicht darstellbar.

- d) Aktueller Trend bei Frühpensionierungen von Lehrer/-innen

Herr MdL Witzel erkundigt sich nach der Entwicklung der Frühpensionierungen im Lehrerbereich.

MSW führt aus, dass die Tendenz der Zahl der Frühpensionierungen rückläufig ist.

Siehe Anlage

- e) Berechnung der Kienbaum-Lücke

Herr MdL Marsching erkundigt sich nach der Berechnungsweise der so genannten Kienbaum-Lücke.

MSW erklärt, dass die Kienbaum-Lücke sich errechnet, in dem die betroffenen Schüler/Lehrer-Relationen um einen prozentualen Anteil (Kienbaum-Faktor) verändert werden. Die so veränderte Relation führt zu einem geringeren Lehrerstellengrundbedarf, die sich ergebende Differenz ist die so genannte Kienbaum-Lücke.

Stefan Zimkeit  
Hauptberichterstatter

#### Anlagen

- Anlage 1: ergänzende Informationen zur Beantwortung von Fragen im Berichterstattergespräch  
Anlage 2: Organisationsplan für Landesprüfungsamt für 1. Staatsprüfungen für Lehrämter an Schulen (mit Stellenanteilen)  
Anlage 3: Organisationsplan Landesprüfungsamt für 2. Staatsprüfungen an Schulen (mit Stellenanteilen)

## Anlage 1 zum Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 05

Zu Frage b.) 05 074 Prüfungsämter

Der Gesamtansatz für Kapitel 05 074 beträgt im Haushaltsentwurf 2013 9.946.300 EUR. Eine Aufteilung des Gesamtansatzes auf die beiden genannten Dienststellen ist zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich, da einzelne Ansätze des Kapitels z.B. mit einer Sperre belegt sind und die Aufteilung erst im Rahmen der Bewirtschaftung erfolgt.

Im Haushaltsjahr 2012 betrug der Gesamtansatz des Kapitels 05 074 9.557.900 EUR. Den Bezirksregierungen wurden die folgenden Mittel bereitgestellt:

Titel	Zweckbestimmung	LPA I - Essen	LPA II - Dortmund
		BR Düsseldorf	BR Arnsberg
Personalausgaben	422, 427 20 und 428	3.516.680	1.104.600
Prüfungsvergütung	427 30	1.200.000	2.510.000
Sachausgaben	517 ff.	261.700	279.000
	Summen	4.978.380	3.893.600

Im Jahr 2012 sind bei Kapitel 05 074 Titel 518 04 Mietmittel im Umfang von 139.600 EUR für die Liegenschaft des Landesprüfungsamtes für Zweite Staatsprüfungen bereitgestellt worden. Im HE 2013 sind dafür 141.600 EUR vorgesehen. Das Landesprüfungsamt für Erste Staatsprüfungen sowie die entsprechenden Geschäftsstellen sind mietfrei untergebracht, so dass hierfür keine Haushaltsmittel im Einzelplan 05 vorgesehen sind.

Zu Frage c.) Kapitel 05 300, Titel 681 20  
Kosten für die Beförderung von Schülern

Der Ansatz bei Kapitel 05 300 Titel 681 20 beträgt im Haushaltsentwurf 2013 unverändert 2.420.000 EUR. Der Anteil für die Schülerinnen und Schüler der staatlichen Schulen in Rheinbach, Iserlohn, und Bielefeld ist mit 910.000 EUR angesetzt. Der tatsächliche Anteil der Schülerinnen und Schüler, die die Laborschule Bielefeld besuchen, ist vom Antragsaufkommen in 2013 abhängig und kann daher für das Jahr 2013 nicht beziffert werden. Im Haushaltsjahr 2012 sind nach Auskunft der Bezirksregierung Detmold rd. 217.000 EUR für Schülerfahrtkosten von Schülerinnen und Schülern der Laborschule Bielefeld gezahlt worden.

Zu Frage d.) Kapitel 05 300, Titelgruppe 72

Gegenüber den vorläufigen Jahresabschlusszahlen erfährt der endgültige Abschluss noch Bereinigungen, wie Umbuchungen, Korrektur von Fehlbuchungen sowie die Berücksichtigung von Mittelverschiebungen auf Grund von Deckungskreisen. Aus diesem Grunde kann eine belastbare Jahresabschlusszahl, insbesondere in welchem Umfang der Titel 633 72 bei Kapitel 05 300 zur Erwirtschaftung von Minderausgaben im Jahre 2012 beigetragen hat, derzeit seriös nicht benannt werden. Insoweit wird auf die Vorlagen 16/ 578 und 16/598 verwiesen.

Zu Frage e.) Kapitel 05 300, Titel 681 40  
Kosten für Lernmittel

Der Anteil der Kosten für Lernmittel für Schülerinnen und Schüler der Laborschule Bielefeld liegt bei 13.000 EUR.

Zu Frage f.) Kapitel 05 300 Titelgruppe 82 Bildungsforschung- Bildungsplanung

Für den Schulversuch „Abitur nach 12 oder 13 Jahren“ wurden bisher insgesamt 296.553,29 € bereitgestellt und wie nachfolgend dargestellt verausgabt:

Für den Zeitraum:

01.09.-31.12.2011	50.000,00 €
01.01.-31.12.2012	160.000,00 €
01.01.-31.08.2013	86.553,29 €

Für Kosten, die im Rahmen der Koordinierung des o.g. Schulversuches (z.B. Netzwerktreffen) angefallen sind, wurden daneben bisher 681,40 € verausgabt. Zu künftigen Kosten können derzeit keine Angaben gemacht werden.

Sonstige Fragen

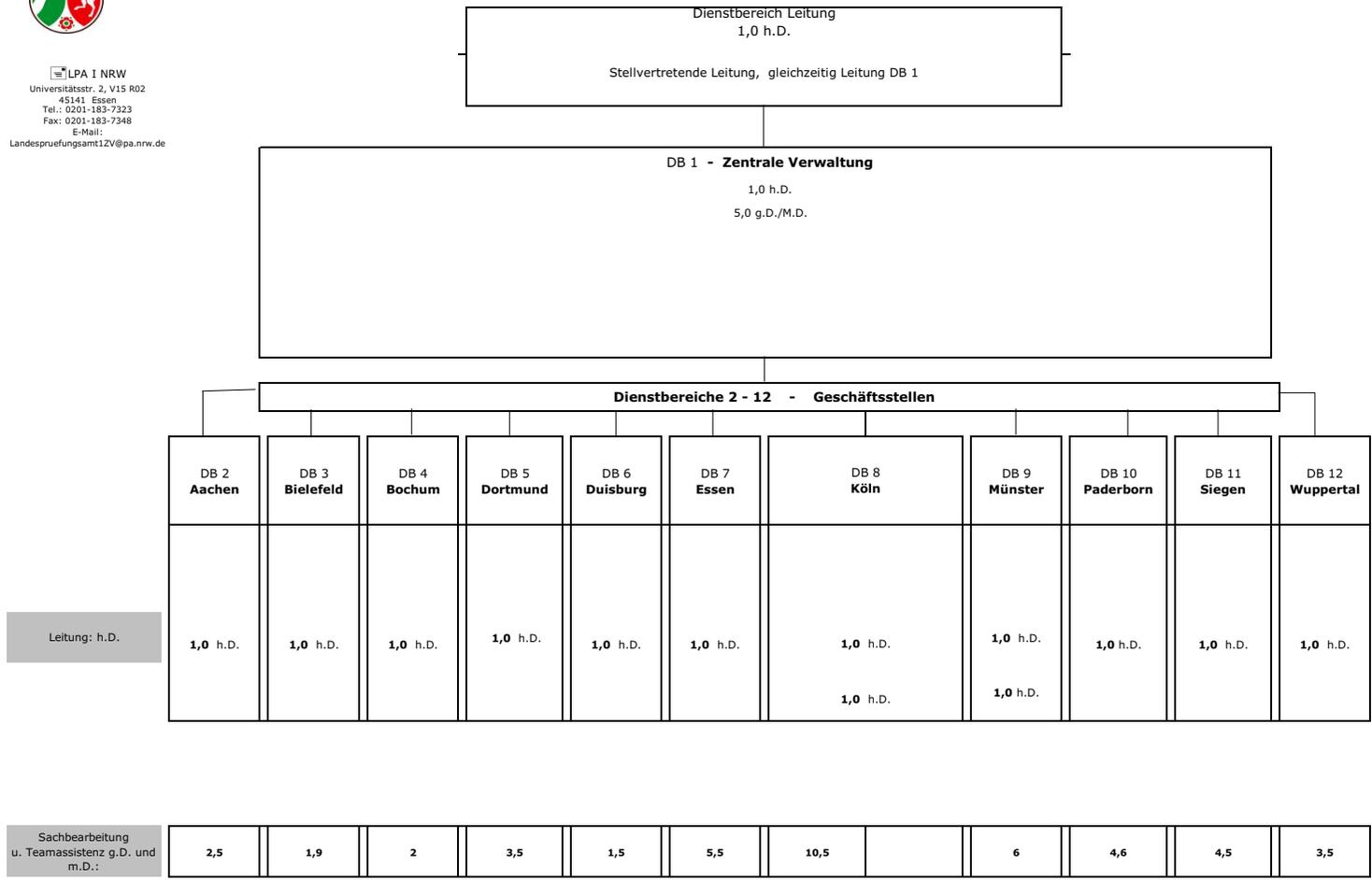
Zu Frage d.) Frühpensionierungen

Der Anteil der Frühpensionierungen an den Zurrhesetzungen ist in den vergangenen Jahren (2005 bis 2011) im Schulbereich kontinuierlich von 76,5 % auf rd. 69,7 % zurückgegangen. Endgültige Zahlen für das vergangene Jahr liegen noch nicht vor.



LPA I NRW  
 Universitätsstr. 2, V15 R02  
 45141 Essen  
 Tel.: 0201-183-7223  
 Fax: 0201-183-7348  
 E-Mail:  
 Landespruefungsamt12V@pa.nrw.de

## Landesprüfungsamt für Erste Staatsprüfungen für Lehrämter an Schulen







# Organisationsplan des Landesprüfungsamtes für Zweite Staatsprüfungen

